

# EU-Bürgerinitiative: Tempo 30



**Entschleunigung.** Europaweit machen Bürger mobil

OTHMAR BEHR

**SALZBURG, BRÜSSEL (SN).** Tempo 30 flächendeckend in allen Gemeinden der EU als gesetzlich vorgeschriebener Normalfall und 40 oder 50 sollen nur noch in Ausnahmefällen möglich sein: In einem am vergangenen Dienstag bei der EU-Kommission in Brüssel registrierten Antrag einer Europäischen Bürgerinitiative liegt Brisanz. Ein Jahr hat die Initiative Zeit, um in mindestens sieben Ländern eine Million Unterschriften für das Anliegen zu sammeln.

Geht der Plan der Initiatoren auf, muss die Kommission eine Ablehnung des Antrags ausführlich begründen – oder einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausarbeiten. Im deutschen Nachbarland ist die öffentliche Debatte um das Thema voll entbrannt.

In Österreich und damit in Salzburg herrscht Ruhe vor dem zu erwartenden Sturm der Meinungsäußerungen.

„Wenn es eines Tages so weit ist, hat diese Idee meine Sympathie“, sagt Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden, „für den Augenblick allerdings meine ich, dass wir mit Tempo 30 in diversen Stadtteilzonen gut bestückt sind. Mit Sicherheit früher werden wir eine Debatte um Umweltzonen haben. In München und anderen deutschen Städten dürfen nur noch schadstoffarme Autos in die Zentren einfahren.“

Die Keimzelle der Tempo-30-Initiative liegt in Deutschland. Die Umweltberaterin Heike Aghte, die abwechselnd



„Wenn das kommt, hat es meine Sympathie. Aber wir sind mit Stadtteilzonen gut bestückt – und mit dem Rad ist man oft schneller.“

**Heinz Schaden**  
SPÖ-Bürgermeister

im bayerischen Inntal nahe Kufstein und in Berlin beruflich tätig ist, gab den Anstoß und knüpfte Kontakte zu internationalen Bürgergruppen und Initiativen. Die Fäden laufen bei ihr zusammen.

## „Autos nicht ausgrenzen“

„Die Idee ist mir im Sommer 2011 gekommen, als wieder einmal zwischen Rosenheim und München der Verkehr äußerst dicht war“, schildert Heike Aghte im SN-Gespräch, „da muss es noch etwas anderes geben, habe ich mir gedacht und habe begonnen. Netzwerke zu knüpfen. Ganz wichtig ist: Wir wollen die Autofahrer nicht ausgrenzen. Wir wollen nur, dass alle miteinander besser auskommen auf den Straßen.“

Heike Aghte nennt drei Säulen, auf denen die Initiative ruht: Verkehrssicherheit, Umweltschutz inklusive Gesundheit, Steigerung der Lebensqualität im öffentlichen Raum. Überrascht habe sie, dass seit dem Beginn des offiziellen Teils der Aktion am vergangenen Dienstag so wenig Gegenwind

# soll der Normalfall sein

Ab einer Millionen Unterschriften muss die EU-Kommission handeln.



„Für das Bewusstsein wäre es gut, wenn grundsätzlich Tempo 30 gelten würde. Jede Erhöhung bis 50 wäre dann eine Ausnahme.“

**Johann Padutsch**  
Stadtrat (Bürgerliste)



„Die Initiative ist gründlich fundiert. Gefahren und Belastungen würden vermindert. Aber manchmal ist Tempo 30 noch zu schnell.“

**Lukas Uitz**  
Verein „fairkehr“



„Bei Gefahrenstellen ja zu Tempo 30. Flächendeckend wäre es nicht sinnvoll. Es reduziert nicht den Verbrauch und stört den Verkehrsfluss.“

**Aloisia Gurtner**  
OAMTC

zu spüren sei: „Offenbar hat auch schon bei der Fraktion ‚Freie Fahrt für freie Bürger‘ ein Umdenken eingesetzt. Bei einer öffentlichen Diskussion hat sogar ein Sprecher eines Autofahrerclubs zugegeben, dass der Lärm in Wohngebieten ein richtig großes Problem ist und man nicht grundsätzlich gegen den Vorstoß sein sollte. Für mich ist klar: Die eisernen



Es geht um ein besseres Miteinander.

**Heike Aghte,**  
Tempo-30-Initiatorin

Befürworter für eine freie Fahrt geraten immer stärker in die Defensive.“

Was die Säule Lebensqualität betrifft, sieht Heike Aghte bei grundsätzlichem Tempo 30 auch Vorteile für das Automobil fahrende Volk. „In Großbritannien und in den Niederlagen gibt es bereits ausgedehnte

30er-Zonen. Dort hat sich herausgestellt, dass der Verkehrsfluss besser geworden ist. Es gibt weniger Stop-and-go.“

## Demokratisches Limit

Ein Phänomen soll nach Ansicht der Initiatorin bei obligatem Tempo 30 der Vergangenheit angehören: Dass bei Tempolimits sogenannte bessere Wohnviertel bevorzugt behandelt werden. Heike Aghte: „Es geht auch um die Umweltgerechtigkeit. Von Leuten, die sich nur billige Wohnungen leisten können, kommt meist nur wenig Widerstand gegen den Verkehr und seine negativen Einflüsse. Tempolimits sind häufiger in den schicken Wohngebieten zu finden.“

Dass die Europäische Bürgerinitiative von der EU-Kommission nun offiziell registriert wurde, wird von den Betreibern für ein Zeichen des allgemeinen Umdenkens gewertet. Laut „Berliner Tageszeitung“ hat die Kommission schon im Jahr 1987 ein Gesetzgebungsverfahren zu Tempolimits angekündigt. Wegen der massiven Widerstände

aus einzelnen Ländern sei allerdings nichts unternommen worden.

Erste Reaktionen in Salzburg zeigen, dass die Idee als spannend empfunden wird. Es gibt aber Zweifel an der Sinnhaftigkeit von „Pauschal 30“. Robert Lechner, Leiter einer Rennfahrschule und Familienvater sagt: „Statt einheitlich Tempo 30 wäre es besser, das richtige Bewusstsein für das Verhalten im Verkehr zu schaffen. Ich bin in Europa viel unterwegs und ich würde mir eine einheitliche Beschilderung von Gefahrenstellen wünschen. Hier ist ein Kindergarten. Hier ist eine Schule. Da muss das Tempo weg.“ In eine ähnliche Kerbe schlägt auch Aloisia Gurtner, Sprecherin des Kraftfahrerverbands SAMTC: „Für flächendeckend Tempo 30 gibt es keine Notwendigkeit.“ Der Verein „fairkehr“ tritt offiziell als Unterstützer der Initiative in Erscheinung.

Bürger können sich schriftlich oder online an der Aktion beteiligen. Informationen gibt es unter <http://de.30kmh.eu>

## Lob und Tadel für SPÖ-Vorstoß

**SALZBURG (SN).** Die Gewerkschaft Bau-Holz begrüßt die SPÖ-Initiative, wonach das Land 2013 und 2014 zusätzlich 56 Mill. Euro in den sozialen Wohnbau pumpen soll (SN vom Freitag). Das Geld stammt aus Rückstellungen im Wohnaufwandsfonds. Die Gewerkschaft lobt Salzburg als Vorbild für ganz Österreich im Wohnbau. LAbg. Bgm. Christian Stöckl (ÖVP) kritisiert hingegen, dass die Finanzierung „auf Pump“ und zu Lasten künftiger Generationen erfolgen würde.

## FPÖ: Kritik an SALK-Parkhaus

**SALZBURG-STADT (SN).** 1200 Autos sollen in Zukunft dort parken: Der Planungsausschuss hat am Donnerstag grünes Licht für ein elfgeschöfiges Parkhaus im St.-Johanns-Spital gegeben. Dagegen sprach sich die Stadt-FPÖ aus. Der Grund: Die zusätzliche Verkehrsbelastung in der Gegend – und ungeklärte Förderungen für Klinik-Angestellte, welche Bus oder Bahn nutzen. Zusätzlich sei in den Plänen ein schöner Park eingezeichnet, den es gar nicht gebe.

## Neuer Baustart für Wissenspark

**PUCH (SN-tau).** Die seit Sommer stillstehende Großbaustelle für den Wissenspark in Puch-Urstein soll nun eingewintert werden. Der Chef des Bauträgers Petruswerk, Douglas Fernando, kündigt an, dass Anfang März weitergebaut werde. Dem Unternehmen war das Geld ausgegangen. Nun sei die Finanzierung gesichert. Fernando informierte seine Projektpartner, wie die Emco-Privatbank. Der Konkurs einer Petruswerk-Baufirma (Aktivbau) in Oberösterreich habe mit Urstein nichts zu tun.

„Im Herz“ ist das Symbol der Initiative. Der Riss soll signalisieren: Bei „flächendeckend“ wird das Schild überflüssig.

BILD: SN/PRIVAT, MONTAGE: EINBOCK